

Gemeinde Schwieberdingen  
Bebauungsplan "Ost - Hülbe IV"  
Abgrenzungsplan  
Schwieberdingen, 6.5.1994

Maßgebend ist der Planentwurf mit Erläuterungen vom 6.5.1994 und der Begründungsentwurf vom 6.5.1994.

### Ziele und Zwecke der Planung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Wohngebäuden und den dazu gehörigen Infrastrukturereinrichtungen im Baugebiet "Ost-Hülbe IV" geschaffen werden.

### Bürgerbeteiligung

Zur Darstellung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung findet am Dienstag, 14.6.1994, um 17.00 Uhr im Mehrzweckraum des Rathauses eine Informationsveranstaltung statt. Weitere Gelegenheit zu Äußerungen und zur Erörterung der Planung besteht in der Zeit vom 15.6. bis 1.7.1994 beim Bürgermeisteramt Schwieberdingen, Schloßhof 1, I. OG, Zimmer 103 während der üblichen Dienststunden.

Schwieberdingen, 26. Mai 1994

Bürgermeisteramt

### Satzung

über die Aufhebung der Satzung über die Zulässigkeit von Dachfenstern, Dachaufbauten und Anbauten im Geltungsbereich des Bebauungsplans "Kästlesgraben - Battner". Aufgrund von § 73, Abs. 1 Ziffer 1 der Landesbauordnung von Baden-Württemberg i.d.F. v. 28.11.1983 i.V.m. § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i.d.F. v. 3.10.1983 hat der Gemeinderat der Gemeinde Schwieberdingen am 18.5.1994 folgende Satzung beschlossen:

#### § 1

##### Gegenstand

Die Satzung über die Zulässigkeit von Dachfenstern, Dachaufbauten und Anbauten im Geltungsbereich des Bebauungsplans "Kästlesgraben - Battner" vom 19.5.1993 wird **aufgehoben**.

#### § 2

##### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Schwieberdingen, den 26. Mai 1994

Bürgermeisteramt

gez. Spiegel

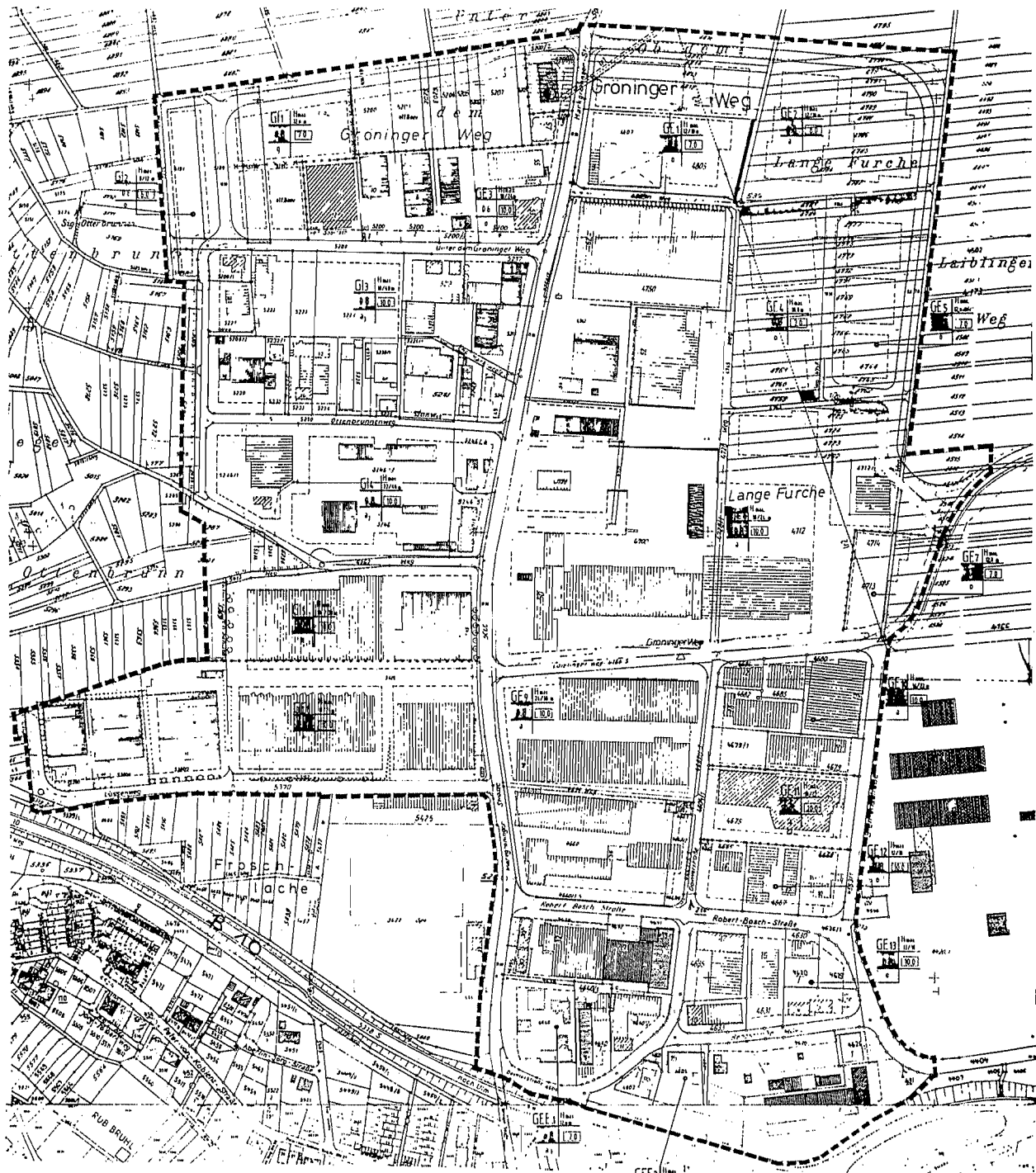
Bürgermeister

Anmerkung der Verwaltung: Die Gründe für den Aufhebungsbeschuß bitten wir dem Bericht über die Gemeinderatssitzung vom 18.5.1994 zu entnehmen (Rubrik "Aus dem Gemeinderat").

### Inkrafttreten des Bebauungsplans "Gewerbegebiet nördlich der B 10 / Markgröninger Straße"

Der vom Gemeinderat Schwieberdingen in der öffentlichen Sitzung vom 19.1.1994 als Satzung beschlossene Bebauungsplan "Gewerbegebiet nördlich der B 10/Markgröninger Straße" wurde vom Landratsamt Ludwigsburg mit Erlaß vom 16.5.1994 gemäß § 11 des Baugesetzbuches (BauGB) genehmigt.

Maßgebend ist der Bebauungsplan mit Textteil des Planungsbüros, Nölle, Stuttgart, vom 21.5.1990 mit Änderungen vom 12.6.1991, 7.7.1993 und 19.1.1994 sowie die Begründung in der Fassung vom 19.1.1994. Der Bebauungsplan mit Textteil umfaßt auch die grünordnungsrechtlichen Festsetzungen. Als Anlagen sind dem Bebauungsplan der Abstandserlaß Nordrhein-Westfalen i.d.F. vom 21.3.1990 und der Erläuterungsbericht zum Gründungsplan des Büros Knoll/Ökoplan beigelegt.



Der Geltungsbereich des Bebauungsplans wird im wesentlichen wie folgt begrenzt:

- im Norden:  
Südgrenze der Flurstücke 4882, 4847, 4845, 4818, 4795;
- im Osten:  
Weg auf Flurstück 4797, Ostseite der neu geplanten Trasse des Laiblinger Wegs (s. Bebauungsplan-Verfahren "Erweiterung Betriebsgelände der Robert Bosch GmbH"), Ostseite von Siemens- und Robert-Bosch-Straße;
- im Süden:  
der Nordseite der Bundesstraße 10 und der Südseite des Lüssenwegs;
- im Westen:  
der Westseite des Lüssenwegs, die Flurstücke 5368, 5291, 5287, 5286, 5269-71, 5164, 5167, 5168 sowie der Westseite des Wegs auf Flurstück 5170.

Der Bebauungsplan "Gewerbegebiet nördlich der B 10 / Markgröninger Straße" tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (vgl. § 12 Baugesetzbuch).

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung

beim Bürgermeisteramt Schwieberdingen, Zimmer 106, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan einsehen und über seinen Inhalt Auskunft verlangen.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB in der Fassung vom 8.12.86 (Bundesgesetzblatt I, Seite 2253) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sind gem. § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung der o.g. Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel in der Abwägung nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 3.10.1983 (Gesetzblatt Seite 578), gilt der Bebauungsplan - sofern er unter der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung ergangenen Bestimmungen zustande gekommen ist - ein Jahr nach dieser Bekanntmachung

als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplans verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluß nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet hat oder die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Beziehung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen.

Schwieberdingen, 26.5.1994

Bürgermeisteramt

gez. Spiegel

Bürgermeister